

E 1-NR/XXI. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 18. November 1999

betreffend Anti-Atompolitik der Bundesregierung und Schließung des slowakischen Atomkraftwerkes Bohunice

1. Die Bundesregierung wird ersucht, den vom Nationalrat in der Entschließung vom 13. Juli 1999 (E 197/NR/XX. GP) betreffend die „Umsetzung des Aktionsplans für die weitere österreichische Anti-Atompolitik im europäischen Zusammenhang“ einstimmig gefaßten Beschluß konsequent umzusetzen.
2. Die Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler, der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, der Bundesminister für Verbraucherschutz und Frauenfragen und der Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie werden aufgefordert, im Hinblick auf den Europäischen Rat am 10. und 11. Dezember 1999 in Helsinki raschest koordinierte Schritte mit dem Ziel einer Einleitung der Schliessung im Jahr 2000 für das Atomkraftwerk Bohunice zu unternehmen.
3. Die Bundesregierung wird ersucht, der slowakischen Republik - bilateral und im Rahmen internationaler Initiativen, etwa im Rahmen der von der Europäischen Kommission zusammen mit den jeweiligen Beitrittsländern für Anfang des Jahres 2000 vorgesehenen Geberkonferenzen – angemessene Unterstützung für eine beschleunigte Schließung des Kernkraftwerks Bohunice V-1 sowie für die Identifizierung und Implementierung alternativer Optionen zur Deckung der Nachfrage nach Energiedienstleistungen in Aussicht zu stellen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung ersucht, sich innerhalb der zuständigen Organe der Europäischen Union für Finanzhilfen etwa in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse aus dem PHARE-Programm für nichtnukleare Ersatzoptionen einzusetzen.

- 2 -

4. Die Bundesregierung wird darüber hinaus ersucht, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß vom Europäischen Rat von Helsinki ein klares Signal zur Vorverlegung der konkret vorliegenden Schließungsdaten ergeht. Österreich verlangt Verhandlungsbereitschaft der Slowakischen Republik über die Möglichkeit früherer Schließungsdaten für Bohunice noch vor Aufnahme konkreter Beitrittsverhandlungen mit der Slowakischen Republik.

5. Die Bundesregierung wird ersucht, in Verfolgung der Schlußfolgerungen des Rates zu den Beitrittsstrategien für die Umwelt, Schritte zu setzen, um die nukleare Sicherheit in den beitriftswilligen Ländern zu verbessern, sodaß ein Niveau erreicht wird, daß dem Stand in der Union hinsichtlich der Technologie und der Vorschriften sowie in operativer Hinsicht entspricht.